

Realitätsfremd – Weißes Haus scheitert an der israelischen Neukalibrierung

Die Unaufmerksamkeit gegenüber der Realität ist kein „nebensächliches“ und lästiges Wahlkampfthema, das ein besseres PR-Management durch das Wahlkampfteam erfordert.

11. März 2024 | Alastair Crooke

Alon Pinkas, ein ehemaliger hochrangiger israelischer Diplomat, der gut in Washington vernetzt ist, sagt uns, dass das frustrierte Weiße Haus endlich „genug hat“. Der [Bruch](#) mit Netanjahu ist vollzogen: Der Premierminister verhält sich nicht so, wie es sich für einen Verbündeten der USA gehört; er kritisiert Bidens Nahost-Politik scharf, und das haben die USA inzwischen begriffen.

Biden kann es sich nicht leisten, dass seine Wahlkampagne durch weitere Auswirkungen auf Israel gefährdet wird, und so wird er – wie seine Rede zur Lage der Nation deutlich macht – die falsch verstandenen politischen Rahmenbedingungen sowohl für Israel als auch für die Ukraine weiter ausbauen.

Was gedenkt Biden also gegen Netanjahus Trotzreaktion auf den „heiligen Gral“ der amerikanischen Politikempfehlungen zu unternehmen? Nun, er lud Benny Gantz, ein Mitglied des israelischen Kriegeskabinetts, nach Washington ein und umgarnte ihn mit einer Agenda, die „einem Premierminister oder jemandem, von dem sie glauben, dass er Premierminister wird oder werden sollte“, vorbehalten ist. Die Beamten dachten offenbar, dass sie durch die Initiierung eines Besuchs außerhalb der üblichen diplomatischen Protokolle „eine Dynamik ausgelöst haben könnten, die zu einer Wahl in Israel führen könnte“, so Pinkas, die eine Führung hervorbringen würde, die den Ideen der USA gegenüber aufgeschlossener ist.

Der Besuch war eindeutig als ein erster Schritt zu einem Softpower-Regimewechsel gedacht.

Und der Hauptgrund für die Kriegserklärung an Netanjahu? Gaza. Biden war offenbar nicht erfreut über die Brückierung, die er bei den Vorwahlen in Michigan erhielt, als die Gaza-Proteststimme die Zahl von 100.000 „ungebundenen Stimmen“ überstieg. Die Umfragen – vor allem unter jungen Leuten – zeigen rote Warnsignale für den November (nicht zuletzt wegen Gaza). Führende Politiker der Demokraten beginnen sich Sorgen zu machen.

Der führende israelische Kommentator Nahum Barnea warnt, dass Israel dabei ist, „Amerika zu verlieren“:

Wir sind daran gewöhnt, an Amerika in familiären Begriffen zu denken ... Wir erhalten Waffen und internationale Unterstützung und die Juden geben ihre Stimmen in den Schlüsselstaaten und Geld für die Kampagnen. Diesmal ist die Situation anders ... Da die Stimmen bei [Präsidentschafts-]Wahlen regional ausgezählt werden, entscheiden nur wenige Staaten ... tatsächlich ... Wie Florida, [ein] Schlüsselstaat, wo die Stimmen der Juden entscheiden können, wer ins Weiße Haus einzieht, so können auch die Stimmen

der Muslime in Michigan entscheiden ... [Aktivisten] riefen die Vorwahlwähler auf, „ungebunden“ zu wählen, um gegen Bidens Unterstützung für Israel zu protestieren ... Ihre Kampagne war erfolgreicher als erwartet: 130.000 demokratische Wähler unterstützten sie. Die Ohrfeige für Biden hallte über das gesamte politische Establishment hinweg wider. Sie zeugte nicht nur vom Aufstieg einer neuen, effizienten und giftigen politischen Lobby, [sondern] auch von der Abscheu, die viele Amerikaner empfinden, wenn sie die Bilder aus Gaza sehen.

„Biden liebt Israel und hat wirklich Angst um das Land“, schließt Barnea, „aber er hat nicht die Absicht, deswegen die Wahlen zu verlieren. Das ist eine existenzielle Bedrohung.“

Das Problem ist jedoch genau das Gegenteil: Die US-Politik ist zutiefst fehlerhaft und stimmt überhaupt nicht mit der [öffentlichen Mehrheitsstimmung](#) in Israel überein. Viele Israelis sind der Meinung, dass sie einen existenziellen Kampf führen und nicht „nur Futter“ für die Wahlkampfstrategie der US-Demokraten werden dürfen.

Die Realität ist, dass Israel mit dem Team Biden bricht – nicht umgekehrt.

Bidens zentraler Plan, der auf einem wiederbelebten palästinensischen Sicherheitsapparat beruht, wird selbst in der [Washington Post](#) als „unwahrscheinlich“ bezeichnet. Die USA haben 2002 unter US-General Zinni und 2010 unter Dayton eine [Initiative](#) zur „Wiederbelebung“ der palästinensischen Sicherheit erprobt. Sie hat nicht funktioniert – und das aus gutem Grund: Die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde werden von den meisten Palästinensern einfach als die verhassten Handlanger betrachtet, die die fortgesetzte israelische Besatzung durchsetzen. Sie arbeiten für die israelischen Sicherheitsinteressen, nicht für die palästinensischen.

Die andere Hauptkomponente der US-Politik ist eine noch unwahrscheinlichere „entradikalisierte“ und blutleere Zweistaatenlösung, die in ein regionales Konzert konservativer arabischer Staaten eingebettet ist, die als deren Sicherheitsbeauftragte fungieren. Dieser politische Ansatz spiegelt ein Weißes Haus wider, das mit dem heutigen, eher endzeitlichen Israel nicht mehr im Einklang steht und das es versäumt hat, sich von den Perspektiven und der Politik der vergangenen Jahrzehnte zu lösen, die schon damals gescheitert waren.

Das Weiße Haus greift daher auf einen alten Trick zurück: Es projiziert alle eigenen politischen Fehler auf einen ausländischen Staatschef, weil er das Unmögliche nicht schafft, und versucht, diesen Staatschef durch jemanden zu ersetzen, der den Amerikanern mehr entgegenkommt. Pinkas schreibt:

Als die USA zu der Überzeugung gelangten, dass Netanjahu sich nicht kooperativ verhielt, kein rücksichtsvoller Verbündeter war und sich wie ein grober Undankbarer verhielt ... der nach dem Debakel vom 7. Oktober nur auf sein politisches Überleben bedacht war, war die Zeit reif für einen neuen politischen Kurs.

Netanjahus Politik spiegelt jedoch – im Guten wie im Schlechten – das wider, was die Mehrheit der Israelis denkt. Netanjahu hat seine bekannten persönlichen Fehler und ist in Israel sehr unbeliebt, was aber nicht bedeutet, dass eine Mehrheit mit seinem Programm und dem seiner Regierung nicht einverstanden ist.

Also tritt Gantz auf, der vom Team Biden als zukünftiger Premierminister in Washington und London in den diplomatischen Pool entlassen wurde.

Nur hat der Trick nicht wie erwartet funktioniert. Wie Ariel Kahana schreibt (auf Hebräisch, in *Israel Hayom* vom 6. März):

Gantz traf sich mit allen hochrangigen Regierungsvertretern mit Ausnahme von Präsident Biden und legte Positionen vor, die mit denen identisch sind, die Netanjahu in seinen Gesprächen mit ihnen in den letzten Wochen vertreten hat.

„Die Hamas in Rafah nicht zu vernichten, bedeutet, ein Feuerwehrauto zu schicken, um 80 Prozent des Feuers zu löschen“, sagte Gantz zu Sullivan. Harris und andere Beamte entgegneten, dass es unmöglich sei, 1,2 Millionen Gaza-Bewohner aus dem Gebiet von Rafah zu evakuieren – eine Evakuierung, die sie als wesentliche Voraussetzung für jede Militäroperation in der Stadt im südlichen Gazastreifen betrachten. Gantz widersprach dem vehement.

Noch größere Unterschiede traten bei den Diskussionen über die humanitäre Hilfe zutage. Während viele Israelis über die Entscheidung, die Lieferung von Hilfsgütern an den Feind zuzulassen, wütend sind – [sie sehen darin] einen Akt, der der Hamas geholfen, den Krieg verlängert und einen Geisel-Deal verzögert hat –, glauben die Amerikaner, dass Israel nicht genug tut. Bidens Berater haben israelische Beamte sogar beschuldigt, über die Menge der gelieferten Hilfsgüter und das Tempo der Lieferung zu lügen.

Die Hilfe ist natürlich (zu Recht) zum neuralgischen Punkt geworden, der auf die Wahlchancen der Demokratischen Partei drückt, aber Gantz ließ das nicht gelten. Wie Kahana bemerkt:

Bedauerlicherweise sind die ranghöchsten amerikanischen Beamten auch bei anderen Aspekten des Krieges realitätsfremd. Sie glauben immer noch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Gazastreifen regieren sollte, dass der Frieden in Zukunft durch die „Zweistaatenlösung“ erreicht werden kann und dass ein Normalisierungsabkommen mit Saudi-Arabien in Reichweite ist. Gantz sah sich gezwungen, auf diese falsche Sichtweise der Situation einzugehen.

Die Vertreter der US-Regierung hörten von Gantz also genau die gleiche politische Agenda, die Netanjahu ihnen gegenüber in den letzten Monaten wiederholt hat: Gantz warnte auch, dass der Versuch, ihn gegen Netanjahu auszuspielen, sinnlos sei: Er wolle Netanjahu vielleicht irgendwann als Premierminister ablösen, aber seine Politik werde sich nicht wesentlich von der der jetzigen Regierung unterscheiden, erklärte er.

Nach dem Besuch und den Äußerungen von Gantz muss das Weiße Haus nun eine neue Erfahrung machen: Die Grenzen der Macht der USA und der automatischen Befolgung durch andere Staaten – selbst durch die engsten Verbündeten.

Die USA können Israel weder ihren Willen aufzwingen, noch eine vermeintliche arabische Kontaktgruppe ins Leben rufen und sie zwingen, Bidens [fantastische](#) Gaza-„Lösungen“ zu unterstützen und zu finanzieren. Dies ist ein heilsamer Moment für die Macht der USA.

Netanjahu ist ein erfahrener alter Washington-Hase. Er ist stolz auf seine Fähigkeit, die US-Politik gut zu verstehen. Zweifelloos rechnet er damit, dass Biden zwar die Rhetorik ein oder zwei Töne höher schrauben kann, dass er aber an der kurzen Leine läuft, wenn es darum geht, wie groß der Abstand zwischen ihm und den jüdischen Großspendern in einem Wahljahr sein darf.

Netanjahu hingegen scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass er Washington getrost ignorieren kann – zumindest für die nächsten zehn Monate.

Biden ist verzweifelt um einen Waffenstillstand bemüht, aber selbst hier – in der Geiselfrage, mit der die US-Politik auf Gedeih und Verderb steht – haben die USA ein offenes Ohr. In letzter Minute wird die Hamas aufgefordert, mitzuteilen, welche der ursprünglichen Geiseln noch am Leben sind.

Für Außenstehende mag diese Forderung vernünftig erscheinen, doch die USA müssen wissen, dass weder die Hisbollah noch die Hamas „Lebensbeweise“ für Geiseln umsonst geben: Das Austauschverhältnis zwischen toten und lebenden Geiseln hat seinen Preis. Es gibt eine lange Geschichte gescheiterter israelischer Forderungen nach einem „Beweis des Lebens“.

[Berichten zufolge](#) weigert sich Israel, einem Rückzug aus dem Gazastreifen zuzustimmen; es weigert sich, den Palästinensern aus dem nördlichen Gazastreifen die Rückkehr in ihre Häuser zu erlauben, und es weigert sich, einem umfassenden Waffenstillstand zuzustimmen.

All dies sind ursprüngliche Forderungen der Hamas – sie sind nicht neu. Warum sollte es Biden überraschen oder beleidigen, wenn sie noch einmal wiederholt werden? Es handelt sich nicht um eine Eskalation der Forderungen von Sinwar (wie die westlichen und israelischen Medien behaupten). Es spiegelt vielmehr eine unrealistische Verhandlungsstrategie wider, die von Washington übernommen wurde.

Laut der Zeitung *Al-Quds* hat die Hamas in Kairo „ein Schlusssdokument vorgelegt, das nicht verhandelbar ist“. Dieses enthält unter anderem die Forderung, die Kämpfe im Gazastreifen eine Woche lang einzustellen, bevor eine Vereinbarung über die Freilassung von Geiseln getroffen wird, sowie eine klare israelische Erklärung über den vollständigen Rückzug aus dem Gazastreifen – mit internationalen Garantien.

Die Hamas fordert außerdem, dass alle Bewohner des Gazastreifens das bedingungslose Recht haben, in ihre Häuser zurückzukehren, und dass der gesamte Gazastreifen ab dem ersten Tag des Abkommens ohne Sicherheitskontrollen mit Waren beliefert werden darf. Dem Hamas-Dokument zufolge soll die Freilassung der Geiseln eine Woche nach Beginn des Waffenstillstands beginnen. Die Hamas lehnt die Forderung Israels ab, eines ihrer Mitglieder oder eine ihrer Führungspersonlichkeiten ins Exil zu schicken. Dies geschah bei der Geiselbefreiung während der Belagerung der Geburtskirche, bei der eine Reihe von Palästinensern in EU-Staaten ins Exil geschickt wurden – eine Maßnahme, die damals heftig kritisiert wurde.

In einer separaten Klausel hat die Hamas erklärt, dass weder sie noch andere palästinensische Gruppen bis 48 Stunden vor der Umsetzung des Abkommens eine Liste der Geiseln vorlegen würden. Die Liste der Gefangenen, deren Freilassung die Hamas fordert, ist lang und umfasst die Freilassung von 57 Personen, die im Rahmen des Gilad-Shalit-Deals von 2011 freigelassen und anschließend wieder verhaftet wurden, alle weiblichen und minderjährigen Sicherheitsgefangenen, alle kranken Sicherheitsgefangenen und alle über 60-Jährigen. Dem Bericht zufolge werden die

Verhandlungen über die nächste Stufe eines Abkommens erst nach Abschluss der ersten Stufe beginnen.

Diese Forderungen sollten niemanden überraschen. Nur allzu oft glauben Unerfahrene, dass Geiselnahmen relativ leicht und schnell durch Rhetorik, Medien und diplomatischen Druck zu erreichen sind. Die Geschichte ist anders. Im Durchschnitt dauert es mehr als ein Jahr, bis eine Geiselnahme vereinbart wird.

Das Team Biden muss seinen Ansatz dringend überdenken und dabei von der Erkenntnis ausgehen, dass es Israel ist, das aus dem abgestandenen, schlecht bewerteten US-Konsens ausbricht. Die meisten Israelis stimmen mit Netanjahu überein, der gestern erneut sagte, dass „der Krieg existenziell ist und gewonnen werden muss“.

Wie kommt es, dass Israel eine Trennung von den USA in Erwägung ziehen kann? Möglicherweise, weil Netanjahu versteht, dass die „Machtstruktur“ in den USA – wie auch in Europa –, die einen Großteil, wenn nicht sogar das meiste Geld kontrolliert, das die US-Politik und insbesondere die Haltung des Kongresses bestimmt, in hohem Maße davon abhängt, dass die israelische „Sache“ existiert und fortbesteht, und Israel daher nicht gänzlich von den US-Machtstrukturen und ihrem „guten Willen“ abhängig ist (wie Biden voraussetzt).

Die „Sache Israels“ gibt den inneramerikanischen Strukturen ihren politischen Sinn, ihre Agenda und ihre Legitimität. Ein „No Israel“ würde ihnen den Boden unter den Füßen wegziehen und die Juden in den USA in existenzielle Unsicherheit versetzen. Netanjahu weiß das – und weiß auch zu schätzen, dass die Existenz Israels an sich Tel Aviv ein gewisses Maß an Kontrolle über die US-Politik bietet.

Nach Bidens Rede zur Lage der Nation zu urteilen, ist die US-Regierung nicht in der Lage, die gegenwärtige Sackgasse mit Israel zu überwinden, und hält stattdessen an ihren abgedroschenen und platten Begriffen fest. Die Rede zur Lage der Nation als Tummelplatz für alte Denkweisen zu nutzen, ist keine Strategie. Der Bau einer Anlegestelle in Gaza hat auch eine Geschichte. [Sie löst nichts](#) – außer der weiteren Festigung der israelischen Kontrolle über die Grenzen des Gazastreifens und möglicher Aussichten für ein post-besetztes Gaza-Zypern anstelle von Rafah für israelische Sicherheitskontrollen. Der Gazastreifen hatte einst sowohl einen Hafen als auch einen internationalen Flughafen, die natürlich durch frühere israelische Bombardierungen längst in Schutt und Asche gelegt wurden.

Die Vernachlässigung der Realität ist kein „nebensächliches“ und lästiges Wahlkampfthema, das ein besseres PR-Management durch das Wahlkampfteam erfordert:

Israelische und US-amerikanische Beamte warnen schon seit einiger Zeit vor einer möglichen Verschärfung der Spannungen, die mit dem Beginn des Ramadan am 10. März zusammenfallen könnten. Der israelische Fernsehsender Channel 12 (auf Hebräisch) berichtet, dass der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes *Aman* die israelische Regierung in einem vertraulichen Dokument vor der Möglichkeit gewarnt hat, dass während des Ramadan ein Religionskrieg ausbrechen könnte, der mit einer Eskalation in den palästinensischen Gebieten beginnt, sich auf mehrere Fronten ausweitet und dann zu einem regionalen Krieg wird.

Diese Warnung – so behauptet Channel 12 – war der Hauptgrund für Netanjahus Entscheidung, die Palästinenser beim Betreten der Al-Aqsa zum Ramadan-Gebet nicht stärker als üblich zu behindern. Ja, die Dinge könnten schlimmer werden, viel schlimmer, für Israel.